

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde

Abg. Ulrike Müller

Abg. Maria Noichl

Abg. Albert Füracker

Abg. Theresa Schopper

Abg. Thomas Dechant

Abg. Dr. Leopold Herz

Staatsminister Helmut Brunner

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike Müller u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

**Kürzungen bei Agrarmitteln in der zweiten Säule vollständig kompensieren
(Drs. 16/17328)**

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Maria Noichl, Annette Karl u. a. und Fraktion (SPD)

Bäuerliche Landwirtschaft stärken - Sicherung der zweiten Säule (Drs. 16/17348)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Ulrike Müller für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Bitte schön.

Ulrike Müller (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor vier Wochen haben wir hier eine intensive Diskussion über die gemeinsame Agrarpolitik ab 2014 bzw. 2015 geführt. Der damalige Antrag von CSU und FDP hat die Beschlüsse der Agrarministerkonferenz bzw. deren Willensbekundungen beinhaltet. Damals, vor vier Wochen, warf ich der Regierungskoalition im Plenum vor, dass dies Zeitvergeudung ist. Wir wollten dieses Mal keine Zeit vergeuden und haben daher diesen Antrag in der vorliegenden Form gestellt; denn im Protokoll der Agrarministerkonferenz steht nur – ich zitiere -: Die Länder bitten den Bund um einen angemessenen Finanzausgleich im Rahmen der GAK aus Bundesmitteln. Das ist eine Bitte. Dies ist uns nachdrücklich zu wenig.

Heute wollen wir mit unserem Antrag eine klare Positionierung zur vollen Kompensation der Mittel in der zweiten Säule aus Bundesmitteln. Sie alle wissen, aus der zweiten Säule werden Dorferneuerungen, Vertragsnaturschutzprogramme, LEADER-Programme, die Ausgleichszulage, das Kulturlandschaftsprogramm, das einzelbetriebliche Förderprogramm und zukünftig auch die Handwerker gefördert, um ihnen eine Starthilfe zu geben. Wir FREIE WÄHLER wollen keine Umschichtung der Mittel von der ersten

in die zweite Säule; denn aus unserer Sicht ist eine Umschichtung von 15 % eine Umschichtung von der rechten Hosentasche in die linke Hosentasche mit Loch. Bei den Landwirten, die die direkte Betriebsprämie bekommen, ist das 100-prozentig einkommenswirksam. Bei Umschichtung der Mittel hat nur noch ein Teil der Landwirte die Möglichkeit, zusätzliche Gelder zu generieren.

In der aktuellen Situation müssen wir an die Verantwortlichen von der CSU appellieren. Im Bund steht eine CSU-Politikerin an der Spitze des Landwirtschaftsministeriums, und hier im Land sitzt ein CSU-Politiker an der Schaltstelle. Wir fordern diese Mittel und Gelder ein, um das festzuzurren, bevor die Wahl stattfindet. Ich glaube, heute ist die letzte Möglichkeit, das einzubringen und darzustellen.

(Thomas Hacker (FDP): Ob man den Bundeshaushalt bis dahin noch einmal aufmachen kann?)

Die Vorgaben des EU-Rates für 2014 erfordern eine Kürzung der Mittel für 2013. Ich glaube, das ist bei den Landwirten überhaupt noch nicht richtig angekommen. Auch die Übergangsregelungen für 2014 sind noch mehr als vage. Selbst die Agrarministerkonferenz hat gefordert, nicht nur eine einjährige Vertragsverlängerung vorzunehmen, sondern zusätzlich neue fünfjährige Verträge zu ermöglichen. In diesem Rahmen ist es dringend notwendig, dass die Landwirte Planungssicherheit haben. Ich fordere die Bundesministerin und den Landesminister auf, sich massiv einzubringen und diese Mittel voll zu kompensieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Ich gebe zunächst das Ergebnis der soeben durchgeführten namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Wörner, Pfaffmann und Fraktion (SPD) betreffend "Preisexplosion beim Mieterwechsel verhindern – Mietpreisbremse jetzt!", Drucksache 16/17327, bekannt: Mit Ja haben 44 Abgeordnete gestimmt. Es gab

80 Nein-Stimmen und 18 Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 17)

Wir fahren in der Debatte fort. Nächste Rednerin ist Kollegin Maria Noichl für die SPD-Fraktion. – Bitte schön.

Maria Noichl (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mir gedacht, dieser Dringlichkeitsantrag ist ein Wunschzettel. Wir werden diesen Wunschzettel gerne unterstützen. Wir können ihn heute Nachmittag oder heute Abend ans Fenster legen. So habe ich es mit meinen Kindern immer gemacht. Wir haben das Fenster einen Spaltbreit aufgemacht und haben darauf gewartet, dass das Christkind kommt und den Wunschzettel holt. Damit die Kinder am nächsten Tag einen Spaß hatten, habe ich ein paar Schokoladenstücke ans Fensterbrett gelegt. Dann hat es geheißen: Mama, das Christkind war da!

Sehr geehrte FREIE WÄHLER, dieser Antrag mit der Aufforderung, die Bundesregierung möge doch die drohenden Kürzungen in der zweiten Säule der EU-Agrarpolitik voll und ganz aus Bundesmitteln kompensieren, ist ein Wunschzettel. Wir unterstützen ihn voll und ganz. Bitte, Herr Minister Brunner, setzen Sie sich dafür ein! Sehr geehrte Kollegen von der CDU/CSU und der FDP, setzen Sie sich bitte dafür ein! Es ist ein wunderbarer Antrag. So wird es aber wohl nicht kommen.

Der Deutsche Bauernverband zum Beispiel spricht schon gar nicht mehr von einer vollen Kompensation; er bittet um eine teilweise Kompensation. Die Länder bitten um eine angemessene Kompensation. All das passiert nur deswegen, weil bald Wahlen stattfinden, weil man jetzt das Schauspiel aufführen muss, man würde sich einsetzen. Uns fehlt der Glaube daran, dass das passiert.

Die FREIEN WÄHLER haben mit diesem Antrag noch einmal deutlich gemacht, wie wichtig die zweite Säule ist. Dort liegt eigentlich der Hund begraben. Wenn die zweite

Säule so wichtig ist, dass man einen solchen Antrag schreibt, dann muss man wenigstens auf bayerischer Ebene alles dafür tun, um die zweite Säule zu stärken. Es ist nicht richtig, nur auf Berlin zu verweisen und sich auf bayerischer Ebene zurückzulehnen mit dem Hinweis, die Berliner waren es.

Ich möchte darstellen, warum die zweite Säule so wichtig ist, darin sind wir uns hier alle einig: Wir brauchen die zweite Säule zur Erhaltung der Biodiversität und für den Öko-Landbau. Sie ist ein wichtiger Pfeiler der bayerischen Agrarpolitik in diesen beiden Bereichen. Agrarumweltmaßnahmen, ländliche Entwicklung, Vertragsnaturschutz, Kulap-Programme usw. laufen über die zweite Säule. Wenn die zweite Säule nicht ausreichend ausgestattet ist, dann schaut es in Bayern nicht mehr so gut aus.

Schicken wir diesen Wunschzettel an Frau Merkel. Die Staatsregierung soll sich bei der Bundesregierung dafür einsetzen. Haben die FREIEN WÄHLER denn vergessen, dass es Frau Merkel war, die mit ihrer Regierung eine Begrenzung der Mittel auf 1 % der Wirtschaftsleistung herbeigeführt hat? Es wird doch wohl nicht passieren, dass ausgerechnet die Bundesregierung, die eine Begrenzung der EU-Mittel auf ein Prozent der Wirtschaftsleistung der Europäischen Union beantragt und durchsetzt, zu unserem Schaden, sagt: Jetzt kommt ein Wunschzettel aus Bayern, wir machen den Geldbeutel auf und nehmen die Kürzung wieder zurück. Dafür hat Frau Merkel viel Kritik einstecken müssen.

Uns ist es zu wenig, nach Berlin zu schauen. Wir werden Ihren Antrag dennoch unterstützen. Vielleicht legen ein paar Kollegen ihren Wunschzettel noch dazu. Das kann nicht verkehrt sein. Es hilft aber nichts.

Wir bitten Sie, unseren Antrag, der die Umschichtung von der ersten in die zweite Säule in Bayern fordert, zu unterstützen. Damit würden Sie zeigen, dass Sie es mit der Stärkung der zweiten Säule ernst meinen.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist Kollege Albert Füracker für die CSU-Fraktion. – Bitte schön.

Albert Füracker (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Bauern in Bayern! Die angedachte Dreierkoalition streitet wieder einmal über die Agrarpolitik. Wir von der CSU haben wie immer einen klaren Kurs.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP – Heiterkeit bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Schönen guten Morgen, liebe FREIE WÄHLER! Noch vor vier Wochen hat uns Frau Kollegin Müller gescholten, wir würden überflüssige Dinge diskutieren. Heute den Minister aufzufordern, die Dinge zu fordern, die im Antrag stehen, ist tatsächlich Zeitvergeudung; denn der Erste, der in Deutschland die Forderung überhaupt erhoben hat, dass aus den Bundesmitteln, die nicht in der Höhe nach Brüssel gezahlt werden müssen wie zunächst befürchtet, Mittel in die zweite Säule umgeschichtet werden können, war Staatsminister Brunner von der CSU. Zu der Zeit waren sich die FREIEN WÄHLER noch nicht sicher, ob die Umschichtung von der ersten in die zweite Säule denn gut wäre.

Der Antrag ist ein Schaufensterantrag. Liebe FREIE WÄHLER, wir brauchen diese Tipps nicht. Weil es aber richtig ist und der Landtag schon vor vier Wochen beschlossen hat, was Sie hier fordern, stimmen wir Ihrem Antrag zu.

Wir haben Staatsminister Brunner längst beauftragt, das zu tun, was Sie fordern. Staatsminister Brunner wird das am Ende erfolgreich fordern. Das hat auch nichts mit Wunschzetteln zu tun. Die Wunschzettel von Frau Noichl mit ihrer hellseherischen Gabe sind in dieser sommerlichen Zeit ohne Relevanz. In ganz Deutschland hat niemand die zweite Säule so gut aufgebaut wie Bayern. Wir brauchen keinerlei Belehrungen von einer Frau Noichl über die Wichtigkeit der zweiten Säule in Bayern. Wir wissen, dass die zweite Säule in Bayern allen rot-grünen Bundesländern um ein Vielfaches überlegen ist. Das wird auch in Zukunft so bleiben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Eines, was die SPD und die GRÜNEN fordern, unterstützen wir nicht: Sie wollen den Bauern 15 % des Geldes wegnehmen, damit sich diese über die zweite Säule möglicherweise in Konkurrenz mit den Kommunen das Geld, wie auch immer, erstreiten können. Nein, wir lassen die 15 % zunächst bei den Bauern und sichten nicht um. Die zweite Säule stärken wir mit Mitteln, die nicht, wie zuerst befürchtet, an Brüssel bezahlt werden müssen. Deswegen können sie zu Recht vom Bund gefordert werden. Aus diesem Grund lehnen wir den SPD-Antrag ab.

Frau Noichl schreibt in den Antrag, dass der Landkreistag die Forderung der SPD teile und die schwarz-gelbe Strategie vehement kritisiere. Leider ist Frau Noichl damit nicht auf der Höhe der Zeit; denn am 15. Juni hat der Landkreistag gemeinsam mit dem Landschaftspflegeverband und dem Gemeindetag erklärt, dass sie die Forderung, den Bauern das Geld wegzunehmen, längst nicht mehr aufrechterhielten. - Frau Noichl, wenn man mit Ihnen spricht, dann telefonieren Sie. Das ist ein wirklich toller Stil in diesem Haus.

(Beifall bei der CSU)

Insofern ist Ihr Antrag falsch.

Tatsache ist, dass wir den Bauern die 15 % belassen und die zweite Säule in jedem Fall stärken. Der Antrag der FREIEN WÄHLER kommt viel zu spät. Staatsminister Brunner tut das längst. Gott sei Dank hat er das damals schon gefordert, als die FREIEN WÄHLER noch gar nicht daran gedacht haben, sonst wären wir mit dieser Forderung wirklich zu spät gekommen. Wir bedanken uns bei der Staatsregierung, die diesen Kurs gemeinsam mit der CSU eingeschlagen hat.

(Beifall bei der CSU - Tobias Thalhammer (FDP): Und der FDP!)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Die nächste Rednerin in dieser Debatte ist Frau Kollegin Schopper für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

Theresa Schopper (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Man hat gemerkt, dass sich die unterschiedlichen Fraktionen beim Thema Landwirtschaft nicht ganz grün sind, wenn man das einmal so diplomatisch beschreiben darf. Eines ist klar: Im Rahmen der GAP führen wir die Debatte darüber, inwieweit die Kürzungen für die ländliche Entwicklung, die beschlossene Sache sind, entsprechend ausgeglichen werden können. Aktuell wird noch darüber gestritten, wie hoch die Mittelkürzungen sind. Das sei dahingestellt. Wir in Bayern – da gebe ich Herrn Füracker durchaus recht – sind von den Kürzungen noch mehr betroffen, weil wir in der zweiten Säule wesentlich mehr Geld drin haben. Das macht es nicht besser, sondern noch schlimmer. Die Kürzungen sind höher, wenn sie prozentual greifen, zumindest nach meiner Rechenkunst. Die waren damals nicht ganz so schlecht. Das lässt sich so herleiten. Für uns GRÜNE ist es Fakt, dass wir das Geld aus der zweiten Säule weiter erhalten wollen. Der Antrag der FREIEN WÄHLER, mit einem Wunsch nach Berlin zu gehen und zu hoffen, dass sich dieser erfüllt, ist schön. Maria Noichl hat gesagt, das sei ein Wunschzettel. Ich sage: Das ist Weihnachten zur Sonnenwende.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zwar ist die Forderung schön, aber der Gang wird nicht wie der Gang nach Canossa belohnt. Stattdessen kriegen wir nichts von der Bundesregierung. Wir müssen die Fakten und die Konsequenzen betrachten. Als GRÜNE sehen wir, dass die geplanten Mittelkürzungen für die ökologische Landwirtschaft eine erhebliche Beeinträchtigung wären. Projekte für den Umwelt- und Naturschutz könnten nicht weitergeplant und umgesetzt werden. Aus diesem Grund führen die Bio-Landwirte, die Naturschutzverbände und die Vertreter der Landschaftspflege riesige Debatten. Deswegen werden wir im Landwirtschaftsausschuss ein Fachgespräch durchführen, um das Ganze noch einmal zu hinterfragen.

Die Debatte am 16. Mai im Plenum hat gezeigt, welche Landkreise massiv betroffen wären, wenn die zweite Säule nicht mehr entsprechend ausgestattet wird. Für uns ist

klar: Im Falle prozentualer Einbußen werden wir eine Mittelumschichtung brauchen. Den FREIEN WÄHLERN und Herrn Kollegen Füracker sage ich: Wir müssen die Prioritäten anders setzen. Wir sagen, die zweite Säule ist uns wichtiger. Das hat nichts damit zu tun, dass wir den Bauern Geld wegnehmen wollen. Stattdessen müssen wir im Rahmen begrenzter Mittel schauen, wie wir die Prioritäten setzen. Wir sagen: Diese zweite Säule ist wichtig für uns, um die Nachhaltigkeits- und die Klimaschutzstrategie erfolgreich umzusetzen. Das ist der Punkt.

Daher werden wir den Antrag der FREIEN WÄHLER selbstverständlich unterstützen. Wenn sich doch noch ein Füllhorn aus Berlin über uns ergießt, sagen wir: Hurra und prima. Sollte das nicht der Fall sein – Stichwort: Weihnachten zur Sonnenwende – haben wir nur über eine Umschichtung von der ersten in die zweite Säule die Chance, die ökologische Landwirtschaft, die Naturschutz- und Nachhaltigkeitsstrategie sowie die Landschaftspflege mit Mitteln auszustatten, um sie voranzutreiben. Deswegen stimmen wir dem Antrag der SPD zu und hoffen auf ein gutes Ende für die gesamte Bauernschaft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Mir liegt eine Zwischenbemerkung vor, zu der ich Herrn Kollegen Füracker von der CSU das Wort erteile.

Albert Füracker (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Liebe Frau Schopper, Ihnen ist bewusst, dass im Falle der Kürzung der ersten Säule um 15 % den kleinen Bauern und den Ökobauern 15 % der gesamten Prämie genommen werden. In der zweiten Säule wird man durch zusätzliche Auflagen die Gelder, welche die Bauern zunächst bezahlt haben, sichern müssen. Sind Sie unter Kenntnis dieser Fakten der Auffassung, dass die GRÜNEN eine Kürzung der ersten Säule um 15 % wollen?

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Frau Kollegin Schopper zur Erwidern bitte.

Theresa Schopper (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Ich habe deutlich gesagt, dass wir innerhalb unserer Politik, die wir in Bayern gestalten können, die Priorität auf die zweite Säule setzen. Dafür müssen die entsprechenden Umschichtungen erfolgen, wohl wissend, dass wir die Direktzahlungen, die in der ersten Säule verankert sind, damit um 15 % kürzen. Das ist aber klare Kante. Dafür stehen wir auch. Das vertreten wir. Wir machen keine Kompromisse, die wir vielleicht nicht einhalten können. Das ist grüne Landwirtschaftspolitik. Das ist eine Politik, die wir für den Naturschutz, den ökologischen Landbau und den Klimaschutz brauchen. Deswegen machen wir das, auch wenn es schmerzhaft sein wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Zunächst darf ich Ihnen bekannt geben, dass die CSU-Fraktion zum Antrag der SPD-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt hat.

Jetzt fahren wir in der Debatte fort. Der nächste Redner ist Herr Thomas Dechant für die FDP-Fraktion.

Thomas Dechant (FDP): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben über Wunschzettel, das Rechnen von damals, über die Sonnenwende und Weihnachten gesprochen. Ich möchte jetzt direkt auf die vorliegenden Anträge eingehen. Der Antrag der FREIEN WÄHLER beinhaltet eine absolut sinnvolle Forderung, die wir auch unterstützen. Diese Forderung haben wir als Regierungsfractionen gemeinsam bereits Mitte Mai in einem Antrag gestellt. Ich weiß, dass der Albert alles gerne alleine macht, aber er ist nicht ganz allein.

(Beifall bei der FDP)

Ich weiß nicht, ob er sich jemand Neues anlachen muss.

(Zuruf des Abgeordneten Albert Füracker (CSU))

Wie wichtig die zweite Säule ist, ist von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern bereits dargestellt worden. Es ist ebenfalls wichtig, dass wir als Bayern die Forderung nach einer besseren Ausstattung vonseiten des Bundes erheben. Das ist absolut wichtig und legitim. Da die Mittel auf 1 % begrenzt werden und der Bund nicht mehr Mittel nach Brüssel überweisen muss, entsteht auf Bundesebene ein entsprechender Spielraum, um diese Mittel aufzustocken. Das ist sinnvoll. Von den Geldern, die nach Brüssel gezahlt worden wären, wäre ja ein Teil nicht mehr nach Deutschland zurückgeflossen. Daher ist es sinnvoll, dies zu tun. Es ist in unserem Interesse, und es ist vor allen Dingen für die Bauern sehr sinnvoll.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

In diesem Zusammenhang die Mittel von der ersten Säule als Ersatz dafür in die zweite Säule umschichten zu wollen, ist ein vollkommen falscher Ansatz. Die Mittel aus der ersten Säule, die dem Landwirt – oder der Landwirtin; da haben wir ja auch ein paar – zustehen, sind einkommenswirksam und mit weitaus weniger Bürokratie verbunden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sprechen alle auf jeder Podiumsdiskussion davon, dass wir die Landwirtschaft von Bürokratie entlasten wollen, dass wir ihr helfen wollen, dass wir ihr auch Gelder zur Verfügung stellen wollen, mit denen sie sich entwickeln kann.

Was kann man denn mit der zweiten Säule? Sicherlich, da bekommen sie auch Gelder, aber mit mehr Bürokratie, mehr Auflagen, mehr Formularen und so weiter. Jetzt wollt ihr den Landwirten als Ersatz für das, was in der ersten Säule relativ unbürokratisch an sie ausbezahlt wird und ihnen auch in ihrer Entwicklung hilft, weil sie quasi selber über die Verwendung der Mittel entscheiden können, anbieten, ihnen mehr Mittel mit mehr Bürokratie aus der zweiten Säule zu geben. Ich glaube nicht, dass die Landwirte damit zufrieden sein werden, und ich glaube nicht, dass das dazu führt, dass die Landwirte andere Wahlentscheidungen treffen werden als in den vorangegangenen Wahlen, in denen selten von ihnen ein Kreuzchen bei der SPD oder bei den

GRÜNEN gemacht wurde. Damit werdet ihr die Wahlentscheidung der Landwirte auch zukünftig nicht in diesem Sinne beeinflussen.

Den Antrag der SPD, der zu 50 % sinnvoll ist, also zu 50 % theoretisch zustimmungsfähig wäre – das gilt zumindest für den ersten Spiegelstrich, der mit dem Antrag der FREIEN WÄHLER identisch ist –, werden wir ablehnen, und dem Antrag der FREIEN WÄHLER werden wir natürlich zustimmen, auch wenn das, wie gesagt, schon einmal stattgefunden hatte und wir insoweit schon vorangeschritten sind. Albert, ich betone es noch einmal: Wir!

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen herzlichen Dank, Herr Kollege. Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER darf ich nun Dr. Leopold Herz das Wort geben. Bitte sehr!

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Worum geht es bei diesem Thema heute? Es geht nicht nur um ein paar Landwirte entlang des Alpenrands; es geht vielmehr um die Mehrheit der Betriebe in Bayern. Es gibt auch im Bayerischen Wald und in Franken Betriebe, die massiv an der zweiten Säule beteiligt sind. Das sollte man auch erwähnen, damit nicht einige hier im Raum meinen, hier werde Klientelpolitik betrieben.

(Zurufe von der CSU - Tobias Thalhammer (FDP): Das wird nur uns vorgeworfen!)

Die CSU/FDP-Koalition wirft uns jetzt vor, wir hätten im Grunde genommen nur Anträge wiederholt, die sie schon gestellt haben. Meine Damen und Herren, wer das so sieht, der ist nicht auf der Höhe der Zeit. Es sollte sich herumgesprochen haben, dass die amtierende Agrarministerin ihren Hauptwohnsitz in den Landkreis Miesbach verlegen möchte.

(Thomas Hacker (FDP): Schön!)

Sie will also nach Bayern kommen. Ich bin mir ganz sicher, dass die Landwirte in Miesbach sie darauf ansprechen werden, ob nun der Bund den Aufgaben nachkommen will, wenn es Bayern nicht mehr kann oder in dieser Form nicht mehr tun möchte. Das müssen wir erwähnen.

Ich will darauf eingehen: Es freut uns sehr, dass die Koalition erkannt hat, dass der heutige Antrag sehr wichtig ist. Hierbei geht es nicht alleine um bayerische Interessen; es geht auch darum, dass ein Rückfluss an Geld aus Brüssel wiederum zu aktivieren ist und dass wir sagen: Dieses Geld muss für die bayerische Landwirtschaft eingesetzt werden. Also, liebe Kollegen von der CSU und der FDP, vielen Dank für diese Erkenntnis.

Zum Antrag der SPD ist einfach zu sagen – es ist vorhin erwähnt worden –: Ein großer Teil ist richtig; wir sollten aber hier keine Umschichtung betreiben. Eine Umschichtung wäre hier verkehrt. Würde in der ersten Säule etwas fehlen, so hieße das nicht automatisch, dass es der zweiten Säule zugutekommt. Insoweit sollten wir sehr hellhörig sein.

Nun zu den GRÜNEN. Theresa, ich denke, wir sind nicht allzu weit auseinander. Nur, in diesem Fall Klientelpolitik zu betreiben, ist verkehrt. Wir müssen das Ganze sehen.

Ich will mit Folgendem schließen: Es hieß, 15 % seien gefährdet. Es gibt Voraussagen, dass es eventuell bis zu 20 % sein könnten. Meine Damen und Herren, wenn wir hier nicht den Finger in die Wunde legen, dann sind wir fehl am Platz.

Ich danke für die mehrheitliche Zustimmung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen herzlichen Dank, Herr Kollege. Voraussichtlich letzter Redner in der Debatte ist nun Staatsminister Helmut Brunner. Sie haben das Wort, Herr Staatsminister.

Staatsminister Helmut Brunner (Landwirtschaftsministerium): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich für die sehr konstruktive und sachliche Diskussion. Fakt ist, dass es der Bundeskanzlerin gelungen ist, für die neue Förderperiode den Beitrag Deutschlands auf 1 % des Bruttonationaleinkommens zu beschränken. Dennoch werden wir mehr zahlen als in der abgelaufenen Periode, weil die gestiegenen Wirtschaftsleistungen erhöhte Ausgaben bedingen. Gegenüber dem Kommissionsvorschlag spart Deutschland dennoch rund zwei Milliarden jährlich. Das ist Fakt, und das ist in unser aller Interesse, weil wir hierdurch einen größeren nationalen Spielraum haben. Darum geht es.

Wenn das Gesamtbudget innerhalb der EU für die neue Förderperiode erstmals sinkt, dann heißt das, dass alle Bereiche mit Einsparungen zurechtkommen müssen. In der ersten Säule wirkt sich das vermutlich in Deutschland mit einer Kürzung von 9,5 % aus. In der zweiten Säule sind es 15 %, im schlimmsten Fall auch mehr. Jetzt zu spekulieren und zu sagen, Brüssel lässt uns die Möglichkeit, bis zu 15 % auf die zweite Säule umzuschichten - das wollen wir auch tun, werte Kolleginnen und Kollegen -, ist verführerisch, aber fachlich aus meiner Sicht falsch. Ich begründe das auch kurz.

Die Landwirte haben nicht nur bei den Direktzahlungen Kürzungen von 9,5 % zu verkraften, sondern sie bekommen künftig auch nur noch 70 % der Betriebsprämie als Basisprämie, und die restlichen 30 % können sie als Top-up erhalten, wenn sie die Greening-Auflagen erfüllen. Hier gibt es also wiederum eher Bewirtschaftungsauflagen und -einschränkungen. Das genügt nicht, um eine leistungsfähige zweite Säule zu erreichen. Genauso wie Sie alle hier im Plenum schätze ich neben Umweltprogrammen, neben unserer Ausgleichszulage und der einzelbetrieblichen Förderung auch Dorferneuerung, LEADER-Programme und interkommunale Zusammenarbeit für das Flächenland Bayern als segensreich ein. – Da waren meine Überlegungen, wie wir, ohne die erste Säule noch weiter zu schwächen, die zweite Säule stärken können.

Ich habe bereits am 20. Februar bei der ersten Zusammenkunft der Agrarminister Deutschlands einen Vorschlag unterbreitet, der von allen, wohlgemerkt auch von den

SPD-Ministern und den Ministern der GRÜNEN, mitgetragen wurde. Dieser Vorschlag lautet, den Bund aufzufordern, einen Teil dessen, was man jetzt zumindest fiktiv gegenüber dem Kommissionsvorschlag am Brüsseler Beitrag spart, als nationalen Spielraum in der zweiten Säule einzusetzen. Ich habe gesagt: 10 % dessen, was wir uns "sparen", müsste der Bundesfinanzminister zusätzlich für die GAK, also für die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes, zur Verfügung stellen. Das ist wohlgerne keine Umschichtung im Bundeshaushalt. Das wurde von allen mitgetragen. Ob wir jetzt daraus einen Wunschzettel machen oder Visionen, die sich nicht realisieren lassen, liegt in der eigenen Bewertung.

Ich habe auch das bayerische Kabinett bereits am 5. März von meinen Vorstellungen unterrichtet. Der Ministerpräsident hat sofort seine Unterstützung zugesagt, was er auch in Berlin zum Ausdruck gebracht hat. Bereits am 7. Juni hat der Bundesrat meine Vorschläge aufgenommen und erklärt, dass zumindest ein teilweiser Ausgleich durch den Bundesfinanzminister angesagt ist. Wir befinden uns auf einem sehr guten Weg. Wenn diese 200 Millionen zur Verfügung gestellt werden könnten, könnten wir weitgehend die Kürzungen kompensieren, die uns in der zweiten Säule drohen. Damit könnten wir weiterhin eine erste Säule auf hohem Niveau aufrechterhalten und eine leistungsstarke zweite Säule sichern. Wir hätten damit eine Win-win-Situation. Die Kürzungen in der ersten Säule wären für die Landwirte erträglich, und wir könnten in Zukunft weiterhin unsere bewährten Förderprogramme im ländlichen Raum mit hoher Schlagkraft durchführen. Unsere Kommunalpolitiker sind dafür genauso dankbar wie die Umweltverbände und die Landwirte, die sich daran beteiligen. Das muss unser gemeinsames Ziel sein. Ich würde mich freuen, wenn das gesamte Hohe Haus mich in dieser Politik bestärken würde, weil sie unzweifelhaft im Interesse Bayerns und im Interesse unserer Bauern ist.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kom-

men zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Ich erinnere daran, dass die CSU zum Dringlichkeitsantrag der SPD eine namentliche Abstimmung beantragt hat, die wir gleich durchführen werden.

Zuvor lasse ich in einfacher Form über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/17328 abstimmen. Das ist der Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER. Wer diesem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Wenn ich es richtig gesehen habe, waren es alle Hände aus allen Fraktionen. Gibt es Enthaltungen? – Gibt es Gegenstimmen? – Beides ist nicht der Fall. Dann ist der Dringlichkeitsantrag einstimmig angenommen.

Ich lasse mir jetzt bewusst etwas Zeit, denn ich muss noch 45 Sekunden überbrücken. Wir werden gleich die Urnen an den Plätzen aufstellen, die Sie kennen. Wir führen zum Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/17348 eine namentliche Abstimmung durch. Das ist der Antrag der SPD-Fraktion. In 20 Sekunden werde ich die Abstimmung eröffnen. Lassen Sie sich noch etwas Zeit. Sie werden aber mit mir übereinstimmen, dass sich in der Zwischenzeit keine weitere Debatte lohnt. -

Jetzt eröffne ich die Abstimmung. Sie haben fünf Minuten Zeit, Ihre Stimme zum Dringlichkeitsantrag der SPD abzugeben.

(Namentliche Abstimmung von 16.33 bis 16.38 Uhr)

Die fünf Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung. Wir zählen das Ergebnis wie üblich außerhalb des Saales aus und geben es Ihnen so schnell wie möglich bekannt.

(...)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Ich gebe Ihnen jetzt noch das Ergebnis der eben durchgeführten namentlichen Abstimmung bekannt. Zum nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Noichl, Karl und Fraktion (SPD), Drucksache 16/17348, "Bäuerliche Landwirtschaft stärken – Sicherung der zweiten Säule",

haben 40 Abgeordnete mit Ja gestimmt; es gab 90 Nein-Stimmen. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 18)

